



«Uns bleibt keine Wahl, als zu demonstrieren»: Julia Bogdan, Co-Präsidentin des Verbands der Schweizer Studierendenschaften. Foto: Urs Jaudas

«Ich kann knapp meine Lebenskosten bezahlen»

Präsidentin aller Studierenden Der Bundesrat will die Studiengebühren verdoppeln. Können sich das Studierende leisten? Julia Bogdan meint: Nein – und wird auf die Strasse gehen.

Sabrina Bundi

460 Millionen Franken will die Landesregierung im Bereich Bildung, Forschung und Innovation einsparen. Auch die Studierenden sollen ihren Teil dazu beitragen, indem sie ab 2027 mehr Studiengebühren bezahlen. Studierende aus dem Inland sollen doppelt so tief in die Tasche greifen müssen, für Studierende aus dem Ausland wird das Studium sogar viermal so teuer.

So nicht, finden die Studierenden – und gehen auf die Strasse. In Bern findet heute Abend eine Demonstration statt. Julia Bogdan wird ihr Plakat mit der Aufschrift «Bildung darf kein Luxus sein» in die Höhe halten. Sie ist 26 Jahre alt, Co-Präsidentin des Verbands der Schweizer Studierendenschaften (VSS), studiert Cyber Security im Master an der ETH und bezahlt pro Jahr 1460 Franken Studiengebühren.

Frau Bogdan, wie finanzieren Sie Ihr Studium?

Als Präsidentin des VSS, ein 40-Prozent-Job, verdiene ich 1100 Franken pro Monat. Und ich bin in der privilegierten Position, dass meine Eltern mich unterstützen.

Wenn Sie nun mehr Studiengebühren zahlen müssten, wie würden Sie das finanzieren?

Mit dem Lohn kann ich knapp meine Miete und meine Lebenskosten bezahlen. Ich müsste versuchen, noch mehr zu arbeiten, oder meine Eltern um mehr Unterstützung bitten. Rund 70 Prozent der Studierenden arbeiten übrigens Teilzeit. Viele von ihnen werden mehr arbeiten müssen, wenn die Gebühren höher werden, und ihre Studiendau-

er wird sich dadurch verlängern. Das hat der Bundesrat wohl nicht bedacht. Denn einerseits will er, dass Studierende nicht ewig an der Uni sind, andererseits schafft er mit den höheren Studiengebühren zusätzliche Hürden.

1460 Franken pro Jahr, das ist günstig im Vergleich zu britischen und amerikanischen Unis wie Oxford oder Harvard, wo die Gebühren 20'000 bis 50'000 Dollar kosten können!

Zum Glück. Wir wollen nicht, dass wir uns wie in den USA mit absurd hohen Beträgen verschulden müssen, um unser Studium abschliessen zu können. Der Vergleich mit den Elite-Unis in den USA und Grossbritannien ist sowieso schwierig. Es läge näher, uns mit Unis im nahen Ausland wie beispielsweise der Technischen Universität München zu vergleichen. Dort werden gar keine Studiengebühren erhoben.

«Wir wollen nicht, dass wir uns wie in den USA mit absurd hohen Beträgen verschulden müssen.»

Die ETH steht in einem Ranking auf Platz 11 weltweit, unter lauter Elite-Unis aus Grossbritannien und den USA. Es geht nicht nur um eine Erhöhung der Gebühren an der ETH, sondern an allen Schweizer Unis. Und wenn wir unsere Talente wegen der höheren Gebühren an andere Unis verlieren, dann nicht

an Oxford, sondern an Unis in Deutschland und Österreich.

Drei Viertel der Studierenden kommen aus akademischen Haushalten – Familien, die sich höhere Gebühren leisten könnten. Für die anderen gibt es Stipendien. Reicht das nicht? Das Stipendienwesen kommt jetzt schon an seine Grenzen. Nur vier Prozent der finanziellen Mittel der Studierenden kommen aus dem Stipendientopf. Wenn man die Studiengebühren erhöht, müsste man auch die Stipendien erhöhen, aber davon ist bislang noch nicht die Rede.

Sie sagen: Wir haben einen öffentlichen Bildungsauftrag, also soll auch das Studium öffentlich finanziert werden. Gilt das auch für ausländische Studierende?

Ja. Denn diese bereichern unsere Hochschulen. Bildung lebt davon, dass Menschen mit verschiedenen Hintergründen zusammenkommen. Und man darf nicht vergessen, dass wir für ihre Grundausbildung nicht bezahlt haben, viele aber dann in der Schweiz leben und Steuern zahlen. Wir schöpfen also Talente ab, die uns nachher etwas bringen.

Kritische Stimmen fordern, dass mit Steuergeldern nicht die Ausbildung von Ausländern bezahlt werden soll. Warum sollen sie nicht zugunsten der Einheimischen mehr zahlen?

Die Solidarität spricht dagegen. Wir riskieren, diese Studierenden zu verlieren, wenn wir für sie die Gebühren ins Unermessliche erhöhen. Denn es trifft sicher nicht auf alle zu, dass sie sich locker auch das Vierfache an Studiengebühren leisten kön-

nen. Ich kenne viele, die froh sind, dass sie ihr Studium noch vor 2027 abschliessen können, weil sie es sich dann nicht leisten könnten, fertig zu studieren. An der ETH, wo die Gebühren für Bildungsausländer und Bildungsausländerinnen bereits erhöht wurden, überlegen sich viele, den Master an einer anderen Universität zu machen.

Aber die ETH kämpft doch mit Geldproblemen ...

... diese wären mit dermassen höheren Gebühren für Ausländer noch lange nicht gelöst. Die Einnahmen der ETH aus Studiengebühren machen heute gerade mal zwei Prozent des Budgets aus.

Der Bundesrat will eine stärkere Nutzerfinanzierung. Sie werden auf dem Arbeitsmarkt vom Studium profitieren. Deswegen sollten alle die Möglichkeit bekommen, zu studieren, nicht nur die Vermögenden. Es tut mir weh, wenn ich daran denke, dass unsere Unis Menschen verlieren könnten, die eines Tages ein Heilmittel gegen Krebs erfunden hätten.

Sie haben Karin Keller-Sutter eingeladen, ihre Petition entgegenzunehmen.

Sie hat uns leider nicht geantwortet. Wir werden die Petition nun an die parlamentarischen Dienste übergeben. Und wir wollen uns trotzdem Gehör verschaffen, immerhin hat der Bundesrat über den Kopf der Studierenden und Universitäten hinweg entschieden. Auch auf die vielen Einsprüche während der Vernehmlassung hat die Landesregierung keine Rücksicht genommen. Uns bleibt also keine andere Wahl, als zu demonstrieren.